

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Der Vorsitzende

Antwort der Kreisverwaltung Teltow-Fläming auf die Anfrage der Abgeordneten Maritta Böttcher der Fraktion DIE LINKE. vom 31.08.2009, Drucksache Nr.: 4-0373/09-LKT

Betr.: Einsparungen im Jahr 2008 trotz steigender Zahlen von Hartz-IV-Kindern und Jugendlichen

Wie dem Bericht zur sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen im Landkreis Teltow-Fläming, Drucksache Nr. 4-0140/09-II zu entnehmen ist, stieg die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften trotz sinkender Arbeitslosenzahlen und sinkender Zahlen der Bedarfsgemeinschaften von 2005 bis 2007 weiter an. Bei Kindern unter 15 Jahren sogar um 9,97%. Davon betroffen sind 4.133 Hilfebedürftige von 0 bis 15 Jahren und 685 Jugendliche von 15 bis 18 Jahren (S. 19 und 22 Bericht). Nach der dem Bericht vorangestellten Definition von Armut, wachsen immer mehr Kinder im Landkreis in Armut auf. Die zunehmende Benachteiligung der Kinder und Jugendlichen aus diesem sozialen Umfeld zeigt sich nach diesem Bericht jedoch nicht nur allein in der finanziellen Situation der Betroffenen, sondern auch in der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie in Bildung und Ausbildung. Trotz aller Anstrengungen, die seitens des Landkreises und auch der Arge unternommen wurden, haben sich soziale Benachteiligungen der betroffenen Kinder und Jugendlichen sowohl quantitativ als auch qualitativ weiter vertieft.

Aus Anlass einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Drucksache 4/7231, hat die Fraktion DIE LINKE. in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.04.2009 eine entsprechende Anfrage zu den Ausgaben des Kreises nach §§ 11 bis 13 SGB VII an die Verwaltung gerichtet.

Angesichts der wachsenden Anforderungen an Maßnahmen zum Abbau sozialer Benachteiligungen ist nicht zu verstehen, wenn nach Auskunft des Amtes für Jugend und Soziales 2008 gegenüber dem Haushaltsansatz für Ausgaben nach §§ 11 bis 13 SGB VIII 23,40 Prozent weniger ausgegeben wurden. Der größte Teil der Einsparungen betraf dabei Ausbildungskosten gemäß 13.2 SGB VIII. Jedoch auch in der Förderung der offenen Jugendarbeit und bei Zuschüssen für Freizeiteinrichtungen wurde erheblich eingespart. Hier waren es offensichtlich die von der Verwaltung, bis in Einzelpositionen hinein, vorgegebenen Obergrenzen bei den Aushandlungen der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen, welche den Spareffekt erzielten. So wurden der Verhandlungs- und damit auch der Handlungsspielraum der Träger der freien Jugendhilfe von vornherein eingeschränkt. Über die einschneidende Haushaltsentwicklung, insbesondere bei den Ausbildungskosten gemäß § 13.2. SGB VIII, ist weder der Unterausschuss Jugendhilfeplanung noch der Jugendhilfeausschuss informiert worden.

Ich frage die Kreisverwaltung:

1. Wie bewerten Sie den vorliegenden Sachverhalt?
2. In welcher Art und Weise hat die Verwaltungsspitze über ein Begleitcontrolling Einfluss genommen, um Entwicklungen in dieser Art auszuschließen?
3. Wie erklären Sie, dass in dem Jahr, wo erstmals aktuelle Daten aus dem Sozialbericht vorliegen und damit deutlich wurde, dass Armut auch in Teltow-Fläming angekommen ist, ein solcher Umgang mit Haushaltsmitteln für diesen Bereich möglich war?
4. Sind im Rahmen der Haushaltssanierung Einsparpotenziale dieser Art an das Amt für Jugend und Soziales gegeben worden?
5. Warum wurde der Jugendhilfeausschuss über diese Entwicklungen nicht zeitnah – sprich – im laufenden Haushaltsjahr - informiert?
6. Welche Schlussfolgerungen hat die Verwaltung aus dieser Situation gezogen, besonders konzeptionell und strukturell, um die Besorgnis erregenden Entwicklungen angesichts der Situation sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher in unserem Landkreis zu verändern?

Für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming beantwortet der Dezernent Herr Siemieniec die Anfrage wie folgt:

Zu 1.

Die von der Fraktion DIE LINKE. im JHA am 08.04.2009 gestellte Anfrage zu den Ausgaben des Kreises nach §§ 11 bis 13 SGB VIII ist durch die Verwaltung bereits beantwortet und entsprechende Erläuterungen und Begründungen zwischen Differenzbetrag (Haushaltsansatz ./ Haushaltsabschluss 2008) bereits dargelegt worden. Diese Beantwortung ist anliegend.

Aus diesen Begründungen ist zu entnehmen, dass es sich um keine aus Sparzwecken veranlassten „Einsparungen“ des Landkreises handelt. Vielmehr sind die verminderten Ausgaben sowohl auf die zurückgegangene Antragstellung nach der Richtlinie des Amtes für Jugend und Soziales zur Förderung der Jugendarbeit und des erzieherischen Jugendschutzes (Pkt. 1-3 der Anlage) als auch der vorrangig in Anspruch genommenen Leistungen bei der ARGE TF zurückzuführen (Pkt. 7 -8 der Anlage).

Zu 2.

Der Verwaltungsleitung wird quartalsweise ein produktbezogener Bericht über die Ausgaben und Einnahmen des Amtes vorgelegt.

Zu 3.

Der Bericht zur sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen im Landkreis Teltow-Fläming wurde erstmals im Jahr 2009 veröffentlicht. Die Zuarbeit über die Ausgaben in der Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe betrafen das Haushaltsjahr 2008.

Eine direkte Einflussnahme der Verwaltung auf die Inanspruchnahme von Leistungen nach o.g. Richtlinie besteht nicht. Darüber hinaus ist es im Rahmen der Haushaltsplanung schwierig einzuschätzen, wie viele der Jugendlichen im Landkreis tatsächlich auf Leistungen für Ausbildung bzw. Berufsvorbereitung angewiesen sein werden. (Pkt. 7) Maßgeblich wird der tatsächliche Bedarf in diesem Bereich von der Möglichkeit jedes einzelnen Jugendlichen abhängig sein, ob ihm vorrangige Leistungen durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. durch die Arge TF vermittelt werden können.

Zu 4.

Nein

Zu 5.

Hier fehlt es bislang an einer konkreten Vorgabe durch den Jugendhilfeausschuss.

Ab dem Jahr 2010 ist zur Planung, Steuerung und Kontrolle der Verwaltung geplant, ein Berichtswesen einzurichten, das im Hinblick auf das Erreichen von Leistungs- und Finanzziele informiert. Durch standardisierte und regelmäßige Informationen über vereinbarte und erbrachte Leistungen wird Transparenz über Zielerreichung und Ressourcenverbrauch geschaffen um ggf. erforderliches Gegensteuern frühzeitig zu ermöglichen.

Zu 6.

Ziel dieses Berichtes sollte es sein, aufzuzeigen, wie sich Kinderarmut in Teltow-Fläming offenbart, welche Maßnahmen bereits getroffen wurden. Zugleich soll eine Grundlage geschaffen werden, um eine Sensibilisierung für die soziale Situation der Kinder und Jugendlichen in unserem Landkreis zu erreichen, Defizite aufzuzeigen, Handlungserfordernisse in den sozialen Räumen des Landkreises zu erkennen und den sozialpolitischen Diskurs in Politik und Gesellschaft anzuregen.

Die Ergebnisse des Berichtes stellen insbesondere Herausforderungen für kommunalpolitisches Handeln dar, die es notwendig machen, gemeinsame Strategien zur Linderung von Armut und der Auswirkungen von Armut zu erörtern und unmittelbare Lösungsansätze vorzubereiten.

Die Verwaltung steht einem solchen Diskurs offen gegenüber kann die deutlich gewordenen Auswirkungen der Kinderarmut jedoch nicht allein bekämpfen.

Bochow